

Eine Frage der Moral: Die Vereinigten Staaten und ihr Umgang mit syrischen Kriegsflüchtlingen

Zusammenfassung der U.S. Berichterstattung vom 23.11 bis zum 29.11.2015

(dn) Wie bereits in der vorhergehenden Woche beschäftigte sich die Berichterstattung amerikanischer Medien auch in dieser Woche schwerpunktmäßig mit der Aufnahme syrischer Kriegsflüchtlinge vor dem Hintergrund der Pariser Terroranschläge.

Auf die Pariser Terroranschläge am 13. November 2015 reagierten über 30 Gouverneure mit der Ankündigung, keine weiteren Flüchtlinge in ihren Staaten aufnehmen zu wollen. Andere, unter anderem die republikanischen Präsidentschaftskandidaten Jeb Bush und Ted Cruz, forderten, ausschließlich christliche Flüchtlinge, die nur etwa zehn Prozent der syrischen Bevölkerung ausmachen, für Asylverfahren in Betracht zu ziehen.

Die *Washington Post* positionierte sich klar, indem sie „die Bereitschaft vieler Amerikaner hunderttausende syrische Flüchtlinge aufgrund der Taten einer extremistischen Splittergruppe zu stigmatisieren“ verurteilt. Bezüglich dieser Verweigerungshaltung führt die *Post* weiter an, dass „die Risiken nicht annähernd groß genug sind, um eine solch drakonische Politik zu rechtfertigen“. Die moralische Begründung liege auf der Hand, da es grausam sei, sich von mittellosen und aktiv verfolgten Menschen, die in verwaorlosten Zeltlagern unter entsetzlichen Lebensbedingungen leben, abzuwenden. Ähnlich wie bei der Annahme deutsch-jüdischer Flüchtlinge in der Nazizeit, bei denen damals eine ähnliche Furcht vor „Schläfern“ bzw. deutschen Spionen herrschte, sei es ein absolutes moralisches Gebot, Schutz nach der UN-Konvention bereitzustellen. Auch aus strategischer Sicht sei die Umsiedlung sinnvoll, da dadurch ein Anreiz zur Flucht für die im IS-Gebiet verbleibenden Zivilisten geschaffen würde. Ein Exodus der verbleibenden Zivilgesellschaft würde, so die *Post*, nicht nur die wirtschaftliche Stärke des IS reduzieren, sondern auch dessen Rekrutierungspotenzial massiv einschränken. Als Schlussfolgerung ist für die *Post* somit die Aufnahme syrischer Flüchtlinge sowohl aus moralischer Sicht zwingend, als auch aus

strategischer Sicht im Kampf gegen den IS sinnvoll.

Die *New York Times* bezieht eine der *Post* ähnliche Position, wobei sie sich allerdings stärker auf die Fehler der jüngeren Vergangenheit beruft. Sie warnt, dass neben der Gefahr durch Terrorismus eine größere Gefahr lauert: Dass die Gesellschaft in einer durch Furcht bedingten Überreaktion ihre Grundsätze verrate und sich damit selber schade. Man müsse, so die *Times*, aus den „katastrophalen Fehlern“ der Vergangenheit – der Invasion des Iraks, der Errichtung von Guantanamo Bay, der Schaffung eines überbordenden Überwachungsstaates – lernen und an Stelle einer angstgesteuerten Ignoranz seine eigenen Ideale befolgen. Daraus folgend sollten die USA syrischen und irakischen Flüchtlingen, unabhängig von deren Religion, ein Refugium zu gewähren. Die republikanischen Präsidentschaftskandidaten, die gegen die Aufnahme aller bzw. muslimischer Flüchtlinge stehen, bezeichnet die *New York Times* als „Populisten mit einem Hang zur mobbenden Feigheit“. Sie schreibt weiter, dass amerikanische Bürger hoffen sollten, dass die „feige Ignoranz“ ihrer Politiker lediglich vorübergehend sei und dass sie sich in näherer Zukunft auflöse.

Während die *Washington Post* und *New York Times* sich intensiv mit den Argumenten, die gegen die Verweigerungshaltung sprechen, beschäftigen, setzt sich *Politico* direkt mit den möglichen Gründen für eine solche Haltung auseinander. Zwar sei Ted Cruz „größtenteils zu Recht“ für seine Position in der Flüchtlingsfrage „verspottet“ worden, jedoch habe die Religion der Flüchtlinge durchaus eine Rolle in der Zulassungsentscheidung zu spielen. Obamas Aussage, dass die Vereinigten Staaten „keine religiösen Tests“ für die Aufnahme von Flüchtlingen habe, bezeichnet *Politico* als „sogar noch falscher [als Cruz' Aussage]“. *Politico* führt an, dass die Asylgesetzgebung neben der Verfolgung aufgrund von Rasse, Nationalität, politischer Meinung oder der Zugehörigkeit zu einer bestimmten gesellschaftlichen Gruppe eben auch die religiöse Verfolgung als Grund für eine Aufnahme angibt. Somit spiele die Religion bei der Selektierung der Flüchtlinge eine entscheidende Rolle. Jesiden und Christen, so *Politico*, unterliegen der stärksten Verfolgung durch den IS und durch andere religiösen Extremisten und seien auch nicht in den UN-Flüchtlingscamps sicher, da sie auch dort Subjekt religiöser Anfeindung durch muslimische Flüchtlinge wären. Somit müssten laut Gesetz eigentlich christliche Flüchtlinge ein Recht auf präferierte Berücksichtigung genießen. Gleichermaßen dürfe die Gesetzeslage laut *Politico* nicht dazu führen, dass muslimische Flüchtlinge mit rechtmäßigem Asylanspruch kategorisch abgelehnt würden. Die Ankündigungen der Gouverneure, keine syrischen Flüchtlinge in ihre

jeweiligen Staaten einreisen zu lassen, bezeichnet *Politico* als „leere Drohung“ – Gouverneure hätten keinen Einfluss auf die Entscheidung des Bundes bezüglich des Ortes der Wiederansiedlung von Flüchtlingen.

Quellen:

www.nytimes.com

www.politico.com

www.washingtonpost.com